

Liebe Reinbekerinnen, Liebe Reinbeker,

abgelenkt durch die Berichterstattung über die Krisen und Fehlentwicklungen auf der Welt und in Deutschland, werden die vor Ort in der Kommune stattfindenden politischen Entscheidungen oft nicht wahrgenommen. Zusätzlich ist festzuhalten, dass eine Berichterstattung in den Medien zur Kommunalpolitik entweder gar nicht mehr stattfindet oder im Oberflächlichen bleibt. Daher wollen wir Sie unabhängig von Wahlterminen mit diesem Flugblatt über die kommunalpolitischen Vorgänge in Reinbek auf dem Laufenden halten.



Ihre FDP Fraktion Reinbek

1. Offene Ganztagschulen/ Betreuung in den Grundschulen

Beginnend mit dem Schuljahr 2026/2027 gibt es für die Eltern von Erstklässlern einen Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung Ihrer Kinder an den Grundschulen. Mit jedem Schuljahr erweitert sich der Rechtsanspruch auf eine weitere Klassenstufe, so dass mit dem Schuljahr 2029/2030 für alle vier Grundschulklassen der Rechtsanspruch besteht. Mit der vorhandenen Nachmittagsbetreuung für insgesamt mehr als 880 Kinder an der Grundschule Klosterbergen sowie den offenen Ganztagschulen der anderen Grundschulen ist Reinbek auf diese Situation gut vorbereitet. Obwohl immer noch eine Landesregelung zu Ausgestaltung und Finanzierung dieser Betreuungen fehlt, hat die Reinbeker Politik erste Entscheidungen zur Thematik getroffen. Dies war erforderlich um Eltern, den Trägern der Betreuung und der Verwaltung der Stadt Reinbek Planungssicherheit zu geben. Ab dem 1. August 2026 gilt die Regel, dass bei Inanspruchnahme der Betreuung mindestens 10 Stunden Betreuung je Woche gebucht werden müssen. Für jede Betreuungswochenstunde ist ein Elternbeitrag von 6,75 € pro Monat zu entrichten, für 10 Stunden also 67,50 € im Monat. Der Elternbeitrag ist auf 135,- € je Monat begrenzt. Auch diese Regelungen gelten ab August 2026. Wie bisher gilt eine Sozialstaffel für Familien mit geringem Einkommen.

2. Haushalt der Stadt Reinbek für 2026

Der Entwurf des Haushaltsplans 2026 für die Stadt Reinbek schließt im Ergebnisplan mit einem Minus von ca. 6,4 Mio. € ab. Die Finanzlage der Stadt als dramatisch zu bezeichnen ist keine Übertreibung, da ohne entsprechend gegenzusteuern auch in den folgenden Jahren keine Besserung abzusehen ist. Eine gute und verlässliche Betreuung unserer Kinder in KiTa und Schule ist aus unserer Sicht wichtig. Allein hierfür wendet die Stadt Reinbek annähernd 14 Mio. € pro Jahr auf. Diese Zahl hat sich in wenigen Jahren mehr als verdoppelt, weil Land und Bund als Gesetzgeber ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Ein zu Beginn des Jahres gegründeter Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung hat aufgrund der Blockadehaltung einer größeren Fraktion, die ausschließlich auf Steuererhöhungen setzt, nur geringe Einsparungen erarbeitet. Die FDP-Fraktion hat nun zusammen mit CDU und SPD konkrete Schritte zur Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen. Neben der Reduzierung einiger globaler Haushaltsansätze um insgesamt 1,8 Mio. €, ist dies insbesondere eine deutliche Stellenreduzierung in der Verwaltung bis Ende 2028 und die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes, um zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen zu generieren. Vor diesem Hintergrund tragen wir eine sehr moderate Erhöhung der Gewerbesteuer um 2,5 % mit. Eine ebenfalls vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer konnten wir durch die vorgenannten Maßnahmen verhindern.

3. Sportanlage Nord

Nachdem es seit 2017 eine breite politische Mehrheit gegeben hat, im Reinbeker Norden eine neue Sportanlage zu errichten, gibt es jetzt auf Initiative des FC Voran Ohe eine Vorlage der Verwaltung, nun doch den jetzigen alten Standort des Vereins zu sanieren und auszubauen. Wir verstehen die Nöte des Vereins, allerdings wird nach unserer Ansicht hiermit eine große Chance vertan, eine neue moderne Sportanlage für den Reinbeker Norden mit einer dringend benötigten weiteren Sporthalle zu schaffen. Der finanzielle Vergleich beider Varianten in der Vorlage der Verwaltung fällt scheinbar zugunsten einer Sanierung des alten Geländes aus. Berücksichtigt man allerdings den Erlös durch Verkauf der bisherigen Sportstättenfläche als Bauland, wenn dort nach Umzug des Vereins aus unserer Sicht dringend benötigter

Wohnraum für Reinbeker Familien geschaffen wird, ist ein vergleichbarer Neubau der Sportanlage sogar günstiger. Hinzu kommt, dass die Baumaßnahmen am neuen Standort den Sportbetrieb am alten Standort nicht beeinträchtigen würden. Aus in der Baubranche gewonnener Erfahrung sind wir uns sicher, dass eine in Abschnitten durchzuführende Sanierung für annähernd 13 Mio. € nicht schneller fertig gestellt wird als ein Neubau an anderer Stelle mit vergleichbarem Volumen. Selbst wenn die Neubaulösung mehr Geduld von den Sportlern verlangen würde, wäre ein Neubau der Sportanlage für uns weiter der richtige, auf die Zukunft ausgerichtete Weg. Leider zeichnet sich eine Mehrheit aus CDU, SPD und Grünen ab, die sich für die Sanierungsvariante einsetzt.

4. Klimafolgenanpassung

Am 2. Oktober 2025 wurde das Klimafolgenanpassungskonzept des Mittelzentrums Reinbek – Glinde – Wentorf in der Reinbeker Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Darin sind geplante Maßnahmen und Aktionen aufgeführt, welche geeignet sind, die Auswirkungen der bereits jetzt stattfindenden Wetteränderungen durch den Klimawandel abzuschwächen. Beispielhaft genannt sei hier ein besserer Hochwasserschutz oder eine Verbesserung des Mikroklimas in der Stadt durch verstärkte Grünflächen und schattenspendende Bepflanzung. Nicht erst seit der wenig erfolgreichen Klimakonferenz in Brasilien ist klar, dass der weltweite Klimaschutz die selbstgesetzten Ziele nicht erreichen wird. Umso wichtiger ist es, sich auf ein veränderndes Klima vorzubereiten. Die Anpassung an ein sich veränderndes Klima ist für die Menschheit grundsätzlich nicht neu. Neu ist jedoch das Tempo mit dem diese Anpassung erfolgen muss und die Zahl der betroffenen Menschen. Im Rahmen der nun folgenden Beratungen zu den Einzelmaßnahmen soll geprüft werden, welche Maßnahmen bei vertretbarem finanziellem Aufwand sinnvoll umsetzbar sind.

5. Mittagessen KiTa

Für die Verpflegung in der KiTa gilt bis zum 31.12.2025 in Reinbek die Regelung, dass ein einheitlicher für alle KiTa's gleicher Kostensatz von 90,- € im Monat von den Eltern erhoben wird. Bei der Festlegung der Höhe hat man sich an den Verpflegungskosten der einzigen städtischen KiTa in Schöningstedt orientiert. Dieses System wird schon seit längerem der Vielfalt der Reinbeker Betreuungslandschaft nicht mehr gerecht. Daher erfolgt zum 1. Januar 2026 ein Systemwechsel, bei dem jede KiTa für ihren Betrieb in eigener Zuständigkeit kostendeckende Elternbeiträge für das Essen ermittelt. Diese können unter, aber natürlich auch über 90,- € liegen. Aufgrund der Preisdynamik bei Lebensmittel- und Personalkosten ist die zweite Variante wahrscheinlicher. Um zu große Kostensprünge für die Eltern zu vermeiden, wurde beschlossen, dass die Verpflegungskostenbeiträge der Eltern pro Jahr maximal um 10 € je Monat steigen dürfen. Eltern mit geringem Einkommen erhalten eine Erstattung dieser Kosten aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

5. Wohnbauentwicklung in Reinbek

Im Jahr 2025 hat sich mehrfach ein interfraktioneller Arbeitskreis zum Thema Wohnbauentwicklung getroffen. Teilnehmer sind Vertreter aller Fraktionen sowie einige Fachleute aus der Verwaltung. Einig ist sich dieser Arbeitskreis darüber, dass es in Reinbek einen Mangel an gefördertem Wohnraum (ugs.: Sozialwohnungen) gibt. Ebenso mangelt es an Wohnraum bei dem die Stadt Reinbek über ein Belegungsrecht verfügt. Keine Einigkeit besteht darin, wie diesem Mangel abgeholfen werden kann und in welche Richtung sich Reinbek entwickeln soll. Die Reinbeker FDP setzt auf eine moderate und zurückhaltende Weiterentwicklung der Wohnbauflächen mit klaren Zielmarken, zum Beispiel für die Bevölkerungszahl Reinbeks. Leider sind die anderen Fraktionen bisher nicht bereit, Entwicklungsziele für Reinbek zu definieren. Immerhin konnte durch die Zusammenarbeit der Fraktionen der seit 2015 anhaltende Bearbeitungsstillstand beim Bebauungsplan 100, südlich Feldstraße in Neuschöningstedt aufgelöst werden. Hier sollen mindestens 100 Wohneinheiten entstehen und ein Ersatzneubau für die Kindertagesstätte Eggerskoppel. Darüber hinaus wird geprüft ob im Zuge des Feuerwehrneubaus in Ohe auch eine Wohnbebauung sinnvoll ist.

Wir wünschen Ihnen ein friedliches Weihnachtsfest sowie Gesundheit, Glück und Erfolg für das neue Jahr.

Reinbek, im Dezember 2025

Für die FDP-Fraktion Reinbek
Bernd Uwe Rasch
buerger@fdp-reinbek.de